ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Rentenpolitik - Arbeitszeitverkürzung - Schneller Brüter - Frankreich - Polen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: Rentenpolitik - Arbeitszeitverkürzung - Schneller Brüter - Frankreich - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 4, pp. 161-162

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135785

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Rentenpolitik

Ohne Konzeption

Die Bonner Koalitionspartner haben sich verständigt, wie das 1984 in der Rentenversicherung drohende Defizit zu vermeiden ist. Unter anderem sollen bei der Beitragsberechnung Sonderzahlungen wie z. B. das Weihnachtsgeld gezwölftelt und dem monatlichen Einkommen zugeschlagen werden. Diese Maßnahme trifft ausschließlich die Bezieher mittlerer Einkommen, bringt jedoch fast ebensoviel Geld in die leeren Rentenkassen wie eine abermalige Beitragssatzerhöhung um einen halben Prozentpunkt. Die Aktualisierung der Rentenanpassung – es sollen nur noch die Lohnerhöhungen des letzten Jahres herangezogen werden – spart 1984 zusätzlich ca. 1,4 Mrd. DM.

Angesichts dieser Absichten muß man den verantwortlichen Sozialpolitikern abermals Konzeptionslosigkeit und Neigung zu Taschenspielertricks bescheinigen. Allerdings haben sie bei der Überwindung der kurzfristigen Liquiditätsengpässe zumindest Entschlußkraft und Konsensfähigkeit bewiesen – Eigenschaften, die ihnen bei der erforderlichen langfristigen Stabilisierung der Rentenfinanzen noch völlig abgehen. Hier haben sich die Koalitionspartner auf den kleinsten überhaupt vorstellbaren Nenner geeinigt: auf die sattsam bekannte Tatsache, daß eine Strukturreform notwendig ist.

Wie die vom Verfassungsgericht verlangte Gleichstellung von Mann und Frau in der Rentenversicherung und die Harmonisierung der Entwicklung von Pensionen und Renten erreicht werden sollen, wird daher auch nach der Regierungserklärung völlig offen sein. Ebenso unklar bleibt, wie das Rentensystem an die langfristige demographische Entwicklung angepaßt werden soll. Eine politisch aussichtsreiche Idee dazu kam vom Bundesarbeitsminister: Die Rentenversicherung soll weitestgehend autonom werden. Damit ließen sich zumindest die Probleme der Politiker lösen. Sie wären von dem Zwang befreit, in regelmäßigen Abständen unpopuläre Entscheidungen treffen zu müssen – denn Wohltaten sind in den nächsten 50 Jahren nicht mehr zu verteilen. er

Arbeitszeitverkürzung

Kein Bein in der Tür

Besondere Aufmerksamkeit gilt bei den diesjährigen Tarifabschlüssen den Vereinbarungen über die Arbeitszeit. Geht es doch für die Gewerkschaften darum, den überwiegend theoretischen Diskussionen über die Arbeitszeitverkürzung allmählich ein Ende zu setzen. Die IG Chemie meint nun, mit ihrem Verhandlungskompromiß ein Bein in der Tür zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu haben: Ab 1. September d. J. erhalten alle Beschäftigten der Chemieindustrie, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, sogenannte Altersfreizeiten von umgerechnet zwei Stunden, ab 1. Januar 1987 von vier Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich. Davon begünstigt sind rd. 8 % der Arbeitnehmer in der Chemiebranche. Für alle anderen Beschäftigten wurde die 40-Stunden-Woche bis Ende 1987 festgeschrieben.

Darüber, daß mit dieser Vereinbarung keinesfalls der Einstieg in die 38-Stunden-Woche mit der Folge einer höheren Zahl an Beschäftigten gelungen ist, lassen die Arbeitgeber keinen Zweifel aufkommen: Bei vollem Lohnausgleich werde die Verkürzung der Arbeitszeit über Produktivitätssteigerungen aufgefangen, und somit sei der beschäftigungspolitische Effekt gleich Null. Der Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer wurde, so die Arbeitgeber, nur aus sozialen Gründen zugestimmt.

Inzwischen sollte es auch den Gewerkschaften klar sein, daß Arbeitszeitverkürzungen höchstens dann nennenswerte arbeitsmarktpolitische Erfolge haben können, wenn sie nicht zu zusätzlichen Kostenbelastungen der Unternehmen führen. Mit der Festschreibung der Arbeitszeit für über 90 % der Beschäftigten im Chemiebereich hat im übrigen die IG Chemie selbst zu erkennen gegeben, daß sie den von ihr beschrittenen Pfad wohl doch nicht als Einführung einer verkürzten Wochenarbeitszeit ansieht. Durch diesen Teil des Tarifabschlusses hat sie aber den von anderen Gewerkschaften inzwischen vorgesehenen Weg, Produktivitätssteigerungen auf eine verkürzte Arbeitszeit und auf Lohnzuwächse aufzuteilen, möglicherweise erschwert. dw

Schneller Brüter

Noch zu stoppen?

Seitdem der Bundestag im Dezember den politischen Vorbehalt gegen die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters aufgehoben hat, steht einem stärkeren finanziellen Engagement von Stromerzeugern und Reaktorbauern eigentlich nichts mehr im Wege. Dennoch hat der Forschungsminister Mühe, die Wirtschaft zu entsprechenden Zusagen zu bewegen, damit der Fortgang der Bauarbeiten trotz der Knappheit öffentlicher Mittel auch über den Mai hinaus gesichert ist.

Verwunderlich ist die reservierte Haltung der Wirtschaft allerdings nicht. Denn immer mehr erweist sich das Projekt Schneller Brüter – und ähnliches gilt für den Hochtemperaturreaktor – als Faß ohne Boden. Wurden die gesamten Baukosten 1980 noch auf 3,9 Mrd. DM geschätzt, so sind es heute bereits 6,9 Mrd. DM, und es wäre optimistisch anzunehmen, daß es dabei bleibt. Die kommerzielle Anwendung der Brütertechnik sollte ohnehin erst im nächsten Jahrtausend erfolgen. Mittlerweile haben das Ausbleiben der erwarteten Uranverteuerung und die stark gestiegenen Baukosten den Zeitpunkt der Wirtschaftlichkeit weiter in eine unbestimmte Zukunft verschoben.

Anschlußprojekte an den Kalkar-Brüter sind denn auch von der Industrie nicht vorgesehen. Sollten sie dennoch einmal in Angriff genommen werden, so wird kaum das technische Konzept von Kalkar, sondern eher das französische zur Anwendung kommen. Da offensichtlich weder an dem – zu teuren – Strom aus Kalkar Interesse besteht, noch die dort zu erprobende Technik viel Nutzen verspricht, kann die Weiterführung der Bauarbeiten – wenn sie im Mai vom Kabinett beschlossen werden sollte – nur als weiteres Beispiel für die Erfahrung dienen, daß einmal begonnene Großprojekte nicht mehr zu stoppen sind. ma

Frankreich

Entrüstung über Sparprogramm

Mehr Empörung als die Nichteinhaltung von Wahlversprechen ruft die Rücknahme von Wahlgeschenken hervor. Dies bestätigt sich gegenwärtig in Frankreich. Nach der massiven Förderung des privaten Verbrauchs zu Beginn ihrer Amtszeit 1981 sah sich die Regierung Mauroy nunmehr im Zusammenhang mit der dritten Abwertung des Franc im EWS gezwungen, zur Bekämpfung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts den Verbrauch kräftig zu beschneiden. Die privaten Haushalte haben die Hauptlast des Sparpakets zu tragen.

Die schon bei relativ niedrigen Einkommen fühlbar werdende Erhöhung der Abgabenlast durch eine Zwangsanleihe und eine Sonderabgabe sowie eine höhere Besteuerung von Genußmitteln haben zu dem weit verbreiteten Urteil „unsozial" geführt. Dieser Vorwurf trifft die sozialistische Regierung hart, ist doch die Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit ein zentraler Punkt ihrer Politik. Weitaus schmerzlicher als die Beschneidung der Gesamtnachfrage, die auf 2 % des Sozialprodukts geschätzt wird, empfinden die Franzosen aber offensichtlich die Einengung der Freizügigkeit durch eine drastische Beschränkung der Zuteilung von Reisedevisen. Abgesehen von grundsätzlichen Einwendungen gegen einen derartigen Dirigismus trägt dies der Regierung viel Ärger, aber sicherlich nur wenig Linderung der außenwirtschaftlichen Probleme ein.

Angesichts des anhaltenden Proteststurms werden einige Maßnahmen wohl noch entschärft werden. Aber selbst ohne derartige Korrekturen erscheinen die von der Regierung für 1984 genannten Ziele, die Handelsbilanz auszugleichen und die Teuerungsrate auf 5 % zu reduzieren, als überaus ehrgeizig. Einer Umfrage zufolge haben denn auch inzwischen 57 % der Franzosen „kaum Vertrauen", daß die jetzige Regierung Frankreich aus der Krise führen könne. wt

Polen

Sinnlose Sanktionen

Die Sanktionen einiger westlicher Staaten gegen Polen – z. B. der Entzug der Meistbegünstigung durch die USA – entbehren, ökonomisch gesehen, nicht der Absurdität. Durch sie werden die ohnehin beschränkten Exportmöglichkeiten und in der Folge die Fähigkeit Polens, seine Schulden zurückzuzahlen, zusätzlich reduziert. Die Konsequenz ist, daß die Kredite der Banken notleidend werden und vom Staat übernommen werden müssen, sofern sie staatlich verbürgt sind. Die Sanktionskosten trägt also ausschließlich der westliche Steuerzahler.

Ähnlich ökonomisch sinnlos war der vor mehr als einem Jahr als Reaktion auf die Verhängung des Kriegsrechts erfolgte Abbruch der Verhandlungen der westlichen Regierungen mit der polnischen Regierung über die Umschuldung der 1982 fälligen staatlichen und staatlich verbürgten Kredite in Höhe von ca. 6 Mrd. $ (einschließlich Zinsen). Eine Wiederaufnahme der Gespräche ist bisher nicht in Sicht, obwohl die Privatbanken bereits im Herbst 1982 eine Umschuldungsvereinbarung mit den Polen abgeschlossen haben und zur Zeit die Verhandlungen für die 1983 fälligen unverbürgten Kredite vorbereiten. Der weiterhin bestehende Zustand der Nicht-Regelung von ca. 6 Mrd. $ aus 1982 kommt im Grunde einer großzügigen Stundung gleich und konterkariert die ursprünglichen Sanktionsabsichten.

Die westlichen Regierungen sollten also so schnell wie möglich die Suche nach einer Lösung der Finanzierungsprobleme wieder aufnehmen, zumal sich der Anteil der staatlichen Forderungen an den Gesamtforderungen gegenüber Polen durch die Übernahme notleidender, aber regierungsverbürgter Bankenkredite ständig vergrößert. gab